

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterergasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

November 1932

6. Jahrgang, Nr. 114

15 Jahre Sowjetmacht!

«Er» (Stalin) gab ohne zu zaudern und mit einer entwaffnenden Freimütigkeit zu, daß man unter Trotzki darauf ausging, den Kommunismus über die ganze Welt zu verbreiten. Er sagte, daß dies die Hauptsache war des Bruches zwischen Trotzki und ihm. Daß Trotzki an den Weltkommunismus glaubte, während er seine Anstrengungen beschränken wollte auf sein eigenes Land. Er setzte mir auseinander, daß er weder Zeit noch Geld habe zum Versuch, die Welt für den Kommunismus zu gewinnen, selbst wenn er darnach Verlangen hätte, und daß sein Hauptinteresse sei, die Lage des russischen Volkes zu verbessern ohne Einmischung, welche immer es sei, in die Regierungsangelegenheiten der anderen Länder. (Stalin in seinem Gespräch mit M. Thomas D. Campbell, von diesem berichtet in seinem Buch: Rußland, Markt oder Gefahr? New York 1932.)

Das ist die Wahrheit. Der Stalinismus hat die Bahn der Weltrevolution verlassen. Neun Jahre führt er Sowjetmacht und Komintern auf der nationalkommunistischen Linie. Ein ungeheures Erbe hat er übernommen aus der Hand der Oktoberrevolution, die vor fünfzehn Jahren die Macht der russischen Bourgeoisie zerschmettert und aufgerichtet hat die proletarische Diktatur. So felsenfest hat die Oktoberrevolution den proletarischen Staat gegründet, daß er der Weltbourgeoisie zum Trotz

rische Klassenpartei, die Kommunistische Partei lenkte durch die Sowjetmacht die Wirtschaft. Aber die Arbeiter im Betrieb hatten das Recht zur wirklichen, wirklichen Kontrolle der Betriebsführung! Dieses entscheidende proletarische Recht hat der Stalinismus den russischen Arbeitern genommen, er hat es sogar den Kommunisten, ja selbst der kommunistischen Betriebszelle genommen. Zur Hebung der Produktivität gewiß — aber um den Preis der Beseitigung eines der entscheidenden

Arbeiter die Herren im Betrieb — unter Stalin sind die russischen Arbeiter im Betrieb der Niemand.

Unter Lenin hatten die Arbeiter in den Gewerkschaften das wirksame Recht der Kontrolle und der Mitbestimmung — unter Stalin haben die russischen Arbeiter in den Gewerkschaften zu kuscheln und den Gewerkschaftsbureauskraten zu parieren.

Unter Lenin hatten die Arbeiter in der Partei das wirksame Recht der Kontrolle der Partei, sie hatten das Recht der Kritik auch an der Parteiführung, am ZK;

und selbstverständlich auch das Recht der Kritik an Lenin — unter Stalin haben die Arbeiter kein Recht der Kontrolle, kein Recht der Kritik und schon gar nicht das Recht, die Politik, die Linie der Partei mitzubestimmen. Sie haben nur das Recht der «Selbstkritik», sie dürfen sich selbst kritisieren, im besten Falle auch die untergeordneten Funktionäre kritisieren, so oft der «unfehlbare» Stalin Fehler macht.

Im proletarischen Staat ist die Kommunistische Partei das Hauptinstrument, wozu sie die Avantgarde der Klassenbewußten Avantgarde die Politik des proletarischen Staates lenkt. Durch die Entrenchung der Arbeiterkommunisten in der Partei ist ihnen die wichtigste Möglichkeit, die Politik des proletarischen Staates zu kontrollieren, mitzubestimmen, genommen.

Auf der nationalkommunistischen Linie hat der Stalinismus riesige bewundernswerte Betriebe gebaut — doch um den Preis, daß er durch seine Politik die Machtstellung der russischen Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Partei, Staat untergräbt.

Wer hat in Sowjetrußland heute die wirkliche Macht? Das Proletariat? Keineswegs! Sondern jene zwei bis drei Millionen Köpfe zählende privilegierte Bürokratie, mit dem Oberbureaukraten Stalin an der Spitze, die über Arbeiterschaft und Bauernschaft thronend, beide wechselseitig gegeneinander ausspielend, ihre privilegierte Stellung zu behaupten sucht.

Zum Glück hat die Wendung schon begonnen trotz und gegen den Stalinismus. Die ungeheuren Anstrengungen und Opfer der Revolution und des Bürgerkrieges haben die Reihen der erprobten revolutionären Kämpfer gelichtet. Nach diesen übermenschlichen Anstrengungen kam Müdigkeit über die russischen Arbeitermassen, die sich durch die Niederlage der Weltrevolution noch stärker auswirkte. Auf dem Rücken dieser Massenmüdigkeit ist der Stalinismus hochgekommen als Theorie und Politik der Bürokratie. Millionen Söhne und Töchter von Bauern strömten in die Städte, wurden Arbeiter. Auf dem Rücken dieser eben aus dem Dorfe gekommenen Arbeiterelemente, die bei jeder revolutionären, ja proletarischen Erfahrung, noch ganz befangen in ihrer dörflichen Naivität nicht imstande waren, richtig zu urteilen, hat Stalin seinen National-«Kommunismus» fortgesetzt. Das ging die Jahre so. Doch in diesen schweren Jahren haben diese naiven Arbeiterelemente Erfahrungen zu sammeln begonnen. Sie sehen riesige Betriebe entstehen, sie sehen ihre Zahl in den Städten in die Millionen schwellen, sie fühlen ihr geistiges Niveau wachsen dank der gewaltigen Kulturleistungen des Sowjetstaates, ihr

Doch wo steht Sowjetrußland heute? Riesige Betriebe sind entstanden, noch größere entstehen. Industrie und Landwirtschaft wachsen mächtig empor. Ein wirtschaftlicher Aufbau wird vollführt, wie die Welt ihn noch nicht gesehen. Aus einem der wirtschaftlich rückständigsten Länder ist Rußland emporgestiegen zu einem der fortgeschrittensten wirtschaftlichen Gebilde. Trotz aller stalinistischen Verzerrungen und Fehler hat dank der unermesslichen Anstrengungen der russischen Arbeiter der proletarische Staat durch seine Planwirtschaft die gewaltige Ueberlegenheit erwiesen der sozialistischen Methoden über alles kapitalistische Wirtschaften.

Allein der Aufbau der Wirtschaft ist uns Kommunisten nicht Selbstzweck. Uns Kommunisten ist der höchste Zweck die Arbeiterklasse, die durch ihren Sieg, durch die Verwirklichung ihres Klassenprogramms die Menschheit wahrhaft erst zur Menschheit macht. Darum richten wir Kommunisten am Tage, da wir den fünfzehnjährigen Bestand des ersten proletarischen Staates feiern, den Blick in zweiter Linie auf die berauschende Fülle gigantischer Betriebe, in erster Linie auf die Millionen der russischen Proletarier.

Wo steht die russische Arbeiterklasse heute? Das ist die Hauptfrage der Kommunisten. Sie steht turmhoch über jener Sklaverei und Kulturlosigkeit, zu der der Zarismus sie verdammt. Das ist das Werk der Oktoberrevolution. Unter Führung Lenins und Trotzki, unter Führung der von ihnen geführten kommunistischen Partei Rußlands hat die russische Arbeiterklasse diesen Sieg errungen auf der Linie der Weltrevolution und auf der Linie der Weltrevolution hat die KP Rußlands das siegreiche Werk weitergeführt bis zum Tode Lenins. Gegen den ausdrücklichen Willen Lenins — das zeigt das Testament Lenins — hat Stalin das Erbe an sich gerissen. Wie hat er es verwaltet? Wo steht die russische Arbeiterklasse heute — wo stand sie unter Lenin?

Unter Lenin waren die Arbeiter wirklich die Herren im Betrieb. Eigentümer war der proletarische Staat, die proletarische

der Beseitigung der Machtposition der Arbeiter im Betrieb: unter Lenin waren die

Nach den Wahlen

Die Nazis haben zwei Millionen Stimmen verloren, die Hälfte an die Deutschen, die andere Hälfte blieb daheim. 700.000 sozialdemokratische Arbeiter haben den SP-Verrat quittiert mit dem Stimmzettel für die KPD.

Papen hat mit den Wahlen erreicht, was er erreichen wollte: die Nazi-Zentrumsmehrheit besteht nicht mehr, eine bürgerlich-parlamentarische Mehrheit ist nur mehr möglich mit den Deutschen, also nicht gegen Papen.

Und dennoch, trotz des Stimmzettelsieges, das Ende Papens hat begonnen.

Und trotz der Stimmzettelniederlage der Nazis — der Faschismus marschiert!

Der bonapartistische Kurs Papens hat sich als unzulänglich erwiesen, die kapitalistische Grundaufgabe zu lösen, die Krise auf Kosten des Proletariats zu überwinden. Die Ankerbelung der Wirtschaft ist nicht gelungen, die Lohnabbauoffensive stieß und stößt auf wachsenden Widerstand der Arbeiter. Die Streikwelle hat ihre vorläufig höchste Zuspitzung erreicht im Berliner Verkehrsstreik.

Die sozialdemokratischen Phrasen gegen Papen sind Lüge. Die SPD sucht «loyale Zusammenarbeit» mit ihm, sie toleriert, ja sie unterstützt ihn. Siehe die Streikbrecherdienste der SPD, der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureauskraten im Verkehrsstreik.

Und trotz alledem, die «Ankerbelung der Wirtschaft» gelingt nicht, die Krise schreitet vor, der Bourgeoisie bleibt nur noch ein einziger Weg zur kapitalistischen Liquidierung der Krise, der Weg des Faschismus. Sie wird ihn beschreiten. Nunmehr beginnt in der Tat der wirkliche Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Mag dieser Weg noch manche Wendungen nehmen, die Bourgeoisie wird ihn gehen, die Krise zwingt sie dazu, jetzt betritt sie ernstlich und unmittelbar den Weg zur faschistischen Diktatur.

Die SPD klammert sich an die Rockschöbe Papens, damit er sie vor dem Faschismus rette. Schieben, schieben, schieben, nur nicht kämpfen, so ist die Sozialdemokratie. Allein diesmal geht es wirklich zur Entscheidung. Die Schieberreien sind am Ende. Nur der Kampf hilft, nichts anderes. Das fühlen die Massen immer mehr: sie werden kämpfen. Und die Kommunistische Partei Deutschlands will und wird an der Spitze der Massen kämpfen. Wird sie die Kraft haben, die Massen zum Sieg zu führen über den Faschismus? Das ist die entscheidende Frage.

Die Antwort lautet: Wenn die KPD nicht schleunigst ihre Politik von der stalinischen Linie umstellt auf die Linie Lenins, wächst die Gefahr einer katastrophalen Niederlage für die deutschen Arbeiter und damit für das Weltproletariat, die Sowjetmacht inbegriffen, ins Riesengroße.

Zwei Ereignisse haben die Illusionen der stalinischen Politik gerade jetzt besonders verstärkt: Die Wahlen und der Berliner Streik.

700.000 Stimmen gewonnen! Ein bedeutender Wahlsieg. Doch die 700.000 haben den Stimmzettel abgegeben für die KPD aus Entrüstung über den SP-Verrat, noch nicht, weil sie für die kommunistische Politik wären. Die 700.000 haben Stimmzettel abgegeben, damit aber noch lange nicht gesagt, daß sie der Führung der KPD im außerparlamentarischen Kampf folgen werden, insbesondere wenn es über den Massentreik hinaus zum Entscheidungskampf gehen wird mit allen Mitteln auf Sein oder Nichtsein. Große Stimmzettelerrfolge hatte die Partei schon wiederholt und doch blieb ihr die Massengefolgschaft aus bei den außerparlamentarischen Kämpfen.

Allein beweist nicht der Berliner Streik

(Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 4.)

letarische Selbstbewußtsein erwacht und sie beginnen sich immer mehr zu fragen: Riesige Betriebe sind entstanden und noch riesigere erstehen, doch was haben wir Arbeiter davon? Durch Jahre schon spannen wir unsere Kräfte aus äußerster, durch Jahre stellt man uns Besserung unserer Lage in Aussicht, in Wahrheit verschlechtert sich unsere Ernährung, verschlechtert sich unsere Lohnverhältnisse. Wohl wird unser Geldlohn gehoben, aber das bedeutet keine Besserung, sondern im besten Falle das Anpassen an die durch die Inflation herbeigeführte Geldentwertung. Und wenn wir Arbeiter ein Wort der Kritik wagen, packt uns die Faust der Stalinbureaukratie. So beginnt ein immer tieferer Groll sich in den Arbeitermassen zu sammeln gegen den Stalinismus, gegen die Stalinbureaukratie, gegen Stalin. Die Antwort Stalins darauf ist: Verschärfung des Kurses, noch schärfere Repressionen gegen jeden Arbeiter, der an den Stalinismus, an das Stalinregime rührt. Allein gerade die wachsenden wirtschaftlichen Erfolge verschärfen die Massenstimmung gegen Stalin, weil der Widerspruch zwischen den Wirtschaftserfolgen und der wirklichen Lage der Arbeiter immer krasser wird. Die Unsicherheit, die Unzufriedenheit greift in die nächste Umgebung Stalins über, seine Isolierung schreitet rasch vor, bald wird er niemanden sicher sein — sein Fall in nicht langer Zeit ist sicher.

Stalin weiß, daß der Boden unter ihm wankt. Noch einmal versucht er die Massen durch einen Riesenwechsel auf die Zukunft zu gewinnen. Mit dem zweiten Fünfjahresplan verspricht er, die Arbeiter wirtschaftlich zu heben um das Zwei- bis Dreifache — unter der Bedingung, daß die Arbeiter fünf weitere Jahre seiner Politik folgen. Die weiteren Schritte auf der national-kommunistischen Linie werden den Arbeitern noch deutlicher als bisher zeigen, daß die national-kommunistische Politik ihrer Tendenz nach die Arbeiterklasse wirtschaftlich und vor allem machtpolitisch immer mehr gefährdet.

Kommunismus ist entweder international oder — es ist kein Kommunismus. Und zwar international nicht der Phrase nach, sondern international der Zielsetzung, der Politik, der Strategie und Taktik nach. Kommunismus, das ist internationale revolutionäre Politik, das ist die Politik der Weltrevolution, der internationale revolutionäre Strategie und Taktik entspricht. All dies hat der Stalinismus nicht, er hat davon nur den Schein und die Phrase. In Wirklichkeit betreibt der Stalinismus nationalrussische Politik. Damit ist dem Weltproletariat nicht gedient, damit ist der Weltrevolution nicht gedient, damit ist auch der Sowjetmacht als einer proletarischen Macht nicht gedient.

Sowjetrußland helfen, Sowjetrußland schützen, Sowjetrußland verteidigen gegen jeden Angriff der Bourgeoisie ist unbedingte Klassenpflicht jedes Arbeiters. Als Kommunisten erfüllen wir diese Pflicht auf der Linie einer Politik, die die Millionenmassen außerhalb Rußlands in Bewegung setzt zum Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus, also auf der Linie einer internationalen und national vorgetriebenen proletarischen Einheitsfronttaktik, so wie es der dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu Lebzeiten Lenins gelehrt. Nur auf dieser Linie werden die Massen wirklich zum Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus mobilisiert, nur auf dieser Linie werden die Massen aus dem Lager der verräterischen Sozialdemokratie übergeleitet auf die Linie des revolutionären Kampfes. Auf dieser Linie wird die internationale proletarische Revolution vorwärtsgetragen und die Sowjetmacht als proletarische Macht wirksam geschützt.

Die national-kommunistischen Aufbaufolge des Stalinismus ändern nichts an der Tatsache, daß die Konterrevolution marschiert und das Proletariat immer weiter zurückdrängt. Die Gefahr einer entscheidenden Niederlage des deutschen Proletariats wächst immer mehr und damit auch die Gefahr für die Sowjetmacht.

Angesichts dieser für die Arbeiterschaft der ganzen Welt, die russische Inbegriffen, ungeheuer wachsenden Gefahr rufen wir der fünfzehn Jahre der Sowjetmacht ge-

denkend: Der Stalinismus lebt vom Erbe der Oktoberrevolution, verzettelt das Erbe Lenins. Schluß mit dem Stalinismus. Schluß mit dem National-kommunismus! Zurück mit jenen in die Partei, die auf Lenins Linie kämpfen und eben deshalb vom National-kommunismus aus-

der Partei gestoßen wurden, zurück mit der russischen Linksoption mit Trotzki an der Spitze, zurück mit der Linksoption aller Länder in die Kommunistischen Parteien, zurück auf die Linie Lenins und vorwärts wieder auf der Linie der Weltrevolution!

14 Jahre Republik Österreich

Wo stehen wir vierzehn Jahre nach Gründung der Republik in Oesterreich? Wir sind um paar Wochen, höchstens paar Monate hinter Deutschland zurück. Dort geht der bonapartistische Kurs zu Ende, bei uns beginnt er. Mittels einer Diktatur, gestützt auf Militär, Polizei, Gendarmerie, Gerichte, Bureaokratie, Heimwehr die kapitalistische Krise auf Kosten der Massen überwinden, das ist jetzt der Kurs der österreichischen Bourgeoisie. Den inländischen Kreditanstaltsverbrechern werden die Milliarden gelassen, den ausländischen Kreditanstaltsräubern werden die Milliarden in den Rachen geschoben. Alles aus den Taschen der hungernden Massen. Betriebe werden gesperrt, Arbeiter entlassen, die Arbeitslosigkeit schnell ins Ungeheure, die Löhne werden weiter gedrückt. Wenn sich der Arbeiter dagegen rührt, greift ihn die Klassenjustiz. Um die wirkliche proletarische Abwehr unmöglich zu machen, wird planmäßig die Entwaffnungsaktion gegen die Arbeiterschaft vorgetrieben.

Der Kurs der Militär- und Polizeidiktatur, der bonapartistische Kurs, wird auch in Oesterreich die kapitalistische Liquidierung der Krise nicht verhindern. Auch die österreichische Bourgeoisie wird den Weg zur faschistischen Diktatur beschreiten.

So weit ist es mit der österreichischen Arbeiterschaft gekommen. Vom Sozialismus, den die SP versprach, keine Spur. Von der Demokratie nur noch Reste. Selbst die Republik schon ernstlich bedroht. «In Oesterreich ist die Einheitsfront des Proletariats in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie bereits wirkungslos», sagt die Parteivertretung der «A.Z.» (8. d.). Was muß diese sozialdemokratische «Einheitsfront» wert sein, wenn unter ihrem vierzehnjährigen Wirken seit dem Umsturz das Proletariat von jener Höhe zur heutigen Tiefe gesunken ist! In Deutschland habe nicht der demokratische Sozialismus versagt, sondern nur das System der SPD, verkündet die Bauer und Co., um die Masse, deren Vertrauen zur SP-Politik erschüttert ist, deren Glaube an die SP zu wanken beginnt, hinter der Sozialdemokratie zu halten.

Es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Politik in Deutschland und Oesterreich. Dort und hier sind die staatlichen Machtmittel in den Händen der Bourgeoisie, auch in Oesterreich beließ die SP die kapitalistische Polizei, die Volkswehr aber hat sie liquidiert, die Wehrmacht der kapitalistischen Offiziere ausgeliefert. Dort und hier trieb und treibt die SP Koalitionen-, Tolerierungs-, Verratspolitik. Dort und hier lähmt sie die Aktion der sich immer entschlossener zur Abwehr aufbäumenden Arbeiter. Dort und hier hat sich mittels der sozialdemokratischen Politik eine Bureaokratischen Schicht auf dem Rücken der Massen emporgearbeitet, die zugleich desto tiefer gesunken. Dort und hier sind dank der sozialdemokratischen Verratspolitik die alten Herrenklassen wieder zur Macht gekommen, diktiert nach Belieben. Dort und hier droht die monarchistische Restauration, dort und hier droht immer unmittelbarer die faschistische Diktatur.

Hunderttausende von Arbeitslosigkeit geeignet. Hunderttausende bei Hungerlöhnen schuftend, in furchtbarster Not leben die Massen, und wenn sie sich rühren, bekommen sie — blaue Bohnen. Dort stehen wir in Oesterreich, dort stehen wir nach vierzehn Jahren sozialdemokratischer Politik, dort steht die österreichische Arbeiterschaft nach vierzehn Jahren sozialdemokratischer «Einheitsfront»!

Die österreichische Sozialdemokratie hat es verhältnismäßig leichter als die

SPD. In Oesterreich kann sie sich leichter drücken, leichter verschleiern und vor allem, in Oesterreich hat die SP die linke Flanke fast vollkommen frei. Gewiß, die stalinsche Linie ist das Haupthindernis, das einer richtigen Politik der KP im Wege steht. Aber die Dinge sind in Oesterreich so arg, daß die Partei nicht einmal das leistet, was vom stalinschen Standpunkt möglich wäre. Hat die deutsche Parverhältnismäßig die beste stalinsche Führung, so die österreichische Partei die schlechteste und eine andere stalinsche Führergarnitur steht in Oesterreich nicht zur Verfügung.

«Die sozialdemokratischen Arbeiter für die einheitlich kämpfende Front zu gewinnen, ist die Hauptaufgabe der Kommunisten (der Kommunistischen Partei vor allem) Die Red.), schreibt die «Rote Fahne» (8. d.). Das trifft den Nagel auf den Kopf. Doch die Frage geht gerade darum: Mit welcher Politik und Taktik allein ist dies möglich: Stalinsche Politik treibt die Partei nun schon geschlagene neun Jahre, stalinsche Taktik treibt sie ebenfalls neun Jahre und die Taktik der «roten» Einheitsfront, die Taktik der antifaschistischen Einheitsfront treibt sie nun auch schon recht lange. Die außerordentliche Zuspitzung der Gegensätze treibt immer wieder und immer größere Teile der Arbeiterschaft von der SP zur KP. Das bringt Erfolge. Allein ist so die Einheitsfront der proletarischen Massen zu schaffen von solcher Größe, daß der Sieg über den Faschismus damit möglich ist? Und vor allem, ist so die proletarische Kampfeinheitsfront rechtzeitig zu schaffen, so rechtzeitig, daß der Faschismus besiegt werden kann?

Vierzehn Jahre Republik Oesterreich — vierzehn Jahre sozialdemokratischer Verrat der Arbeiterklasse. Ungeheuer ist die Gefahr, die sich immer unmittelbarer gegen die Arbeiter zusammenballt. Die Gesamtarbeiterschaft rechtzeitig, das heißt schleunigst zur Kampfeinheitsfront gegen Bourgeoisie, gegen Faschismus zusammenzureißen, das ist die Aufgabe der Stunde. Nur die KP kann diese Aufgabe durch ihre Initiative lösen und auch sie nur, wenn sie an Stelle der stalinschen Taktik der antifaschistischen Einheitsfront die leninsche Linie betritt der proletarischen Einheitsfronttaktik.

Neue Heintzade

Brünning, das ist bereits die faschistische Diktatur, wer das leugnet, ist Konterrevolutionär, es ist ein Unsinn, davon zu reden, die faschistische Diktatur zu verhindern, sie ist bereits da, es gilt, sie zu stürzen. Das sagte der Stalinismus. Die Tatsachen haben gezeigt, daß die stalinsche Bewertung vollkommen falsch war. Papen stürzte Brünning — Stalin schickte Heinz Neumann als Sündenbock in die Wüste...

«Die brutale Diktatur der Junker, Generale und Schwerindustriellen, die Papen verwirklicht... was anders ist das, als die Verwirklichung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie», schreibt die «Rote Fahne» am 8. November. Sie schreibt das gerade, da der Fortgang der kapitalistischen Krise das Ende der bonapartistischen Diktatur Papens einleitet und die Bourgeoisie zwingt, zu ihrem letzten Mittel zu greifen, diesmal wirklich zur faschistischen Diktatur überzugehen. Der rasche Gang der Dinge wird die ganze Gefahr der grundsätzlichen Einstellung des Stalinismus bald enthüllen. Diesmal wird ein neuer «Heinz Neumann» als Sündenbock nicht möglich sein. Diesmal wird der blutige Entscheidungskampf restlos Klarheit schaffen, auch über den Stalinismus. Daß es nicht zu spät werde, dafür kämpft die Linksoption.

Hungersnot in Donawitz

Seit Monaten gärt es unter den Ausgesteuerten der Gemeinde Donawitz, die so viele Phrasen bei jeder Wahl ausspricht für die Armen, und wenn sie dann am grünen Tisch sitzen, nichts oder fast nichts halten. Nur durch fortgesetzte Forderungen der Ausgesteuerten unter Führung der Linksoption gelang es uns durch öftere Besetzung der Gemeindestube, den sozialdemokratischen Bürgermeister Fröml zu bewegen, daß einige Schilling als Notopfer den Ausgesteuerten gegeben wurden. Den Ledigen 50 g bis 1 S, den Verheirateten 2 S, bei mehr als 2 Kindern 4 S. Ein Beamter, der die Auszahlung über hat, erklärte: «Man muß sich's halt einteilen können.» Wir fragen den Herrn, ob er oder seine Frau für zwei Tage mit dem Bettelgeld auskommt. Die Ausgesteuerten kämpfen weiter und schickten eine Deputation zur Bezirkshauptmannschaft. Sie fordern eine größere Unterstützung. Man versprach alles, um sie wieder vom Kampf abzubringen. Bei der nächsten Auszahlung war wieder kein Geld da, so wurden sie verfrachtet. Durch die Demonstration wurde dies in allen Zeitungen laut. So wurde in Wien für die Donawitzer Arbeitslosen gesammelt und es kamen Autos mit Lebensmitteln. Davon erhielten die Arbeitslosen nur eine Kleinigkeit. Was mit den Sardinen und dem Backhuhn ist, weiß niemand. Denn so was kann man doch einem Ausgesteuerten nicht geben. Zum Schluß bekame er Magenrebellion, dann mußte man den Sanitätsarzt Krämer holen. Den Mann, der nämlich sein Gutachten dahin gab, daß ein einmaliges Essen im Tag vollständig genug ist. Jetzt haben die Herrschaften ein Rezept gefunden: eine Ausspeisung. Natürlich nur im Tag einmal, so wie die chinesischen Kuljs. Es muß eine Zeit kommen, wo die oberen Zehntausend, die uns niederhalten, sich um die Bettelsuppe anstellen müssen. Arbeiter, führt den Kampf bis zum Sieg!

Einheitsfrontmanöver

Alle Zeichen deuten darauf, daß die SP die durch ihre Verratspolitik in der Arbeiterschaft ins Wanken gekommene Position zu decken unternimmt international und national durch sozialdemokratische «Einheitsfronttaktik». In Frankreich hat sie sich zu diesem Zweck raffiniert der verräterischen Rechtsopposition bedient. Die Stalintaktik der «roten» Einheitsfront («antifaschistische Einheitsfront») hindert die Komintern, hindert die Kommunistischen Parteien, das sozialdemokratische Einheitsfrontmanöver zu durchkreuzen. Nur indem die Komintern international und die Kommunistischen Parteien national die Initiative ergreifen auf der leninschen Linie der proletarischen Einheitsfront, werden sie den sozialdemokratischen Einheitsfrontschwindel entlarven und die proletarische Kampfeinheitsfront erzwingen.

Nach den Wahlen

(Fortsetzung von Seite 1.)

daß es jetzt anders geworden ist? Ja und — nein!

Ja: Die kapitalistische Offensive ist weit vorgeschritten, die Ausplünderung der Massen, der Verrat der SP hat solchen Umfang angenommen, daß breite Massen all das, was wir Kommunisten ihnen tausendmal gesagt und was sie nicht glauben wollten, nun handgreiflich sehen, erkennen und bereit sind, da und dort dem Ruf zum Massenstreik zu folgen, mit ökonomischer und faktisch politischer Spitze. Das zeigt Berlin. Das kann und wird auch an anderen Orten gelingen.

Nein: Die Bourgeoisie ist gezwungen, die Entscheidungen in kurzer Zeit, in Monaten, vielleicht Wochen, zu suchen. Die Krise zwingt sie dazu. Kann die KPD mit ihrer bisherigen Politik in der kurzen Zeit bis dahin den entscheidenden Teil der deutschen Arbeitermassen zum Kampf mobilisieren? Trotzdem der ungeheuerliche Verrat der SPD gerade in und durch den Berliner Streik den Arbeitern in die Augen brannte, haben doch auch jetzt noch 7 Millionen Arbeiter der SPD die Stimme gegeben! Ist die stalinsche Politik der KPD

Imstande, den Großteil dieser 7 Millionen in kurzer Zeit unter der Führung der KPD zum außerparlamentarischen Kampf, letzten Endes zum Kampf mit allen Mitteln herüberzureißen? Wir sagen: nein.

Die stalinische Politik kann der KPD große Stimmzeitelerfolge bringen, kann bei der außerordentlich fortschreitenden Zuspitzung der Klassengegensätze da und dort Streiks, Massenstreiks, politische Massenstreiks auslösen, aber das einzige, was den Arbeitern den Sieg verbürgt, kann sie in der kurzen Zeit bis zur Entscheidung nicht schaffen, die **Kampfeinheitsfront der Millionenmassen der deutschen Arbeiterklasse**. Das ist bei der Kürze der Zeit nur zu erzielen durch den **gemeinsamen Kampf von KP, SP, Gewerkschaften** und diese gemeinsame Front, diese Kampfeinheitsfront, ist zu schaffen nur durch die **proletarische Einheitsfronttaktik**, durch die kombinierte Taktik der Einheitsfront von unten u n d oben.

Spekulieren, daß die unmittelbarste Gefahr selbst die großen Massen im letzten Moment zusammenreißen werde, heißt Hasard treiben mit dem Schicksal der Arbeiterklasse. Jeder Tag früher, an dem die proletarische Einheitsfront zu kämpfen beginnt, steigert die Aussicht der Arbeiterklasse auf Sieg und verringert ihre Opfer, jeder Tag später steigert die Opfer der Arbeiterklasse und die Siegeschancen des Faschismus.

Hinein in die Massen für die Lebensrechte der Arbeiter und für ihre demokratischen Rechte! Mit dem Druck der Massen heran an die SPD:

Ihr schreitet nach Verteidigung der Demo-

kratiete: Wohlan, wir sind bereit, zusammen mit euch die demokratischen Rechte der Arbeiter zu verteidigen, aber nicht mit dem bloßen Maul, wie Ihr es bisher tut, sondern im geschlossenen Kampf, vor allem außerparlamentarisch. Daß Ihr zurücker in die Weimarer Laube wollt, wir aber die demokratischen Rechte der Arbeiter verteidigen, um die Arbeiter zu mobilisieren zum Kampf um die Macht, ist kein Hindernis für das gemeinsame Handeln zum Schutz der Arbeiterrechte.

Ihr jammert pharisäisch über die von euch herbeigeführte Spaltung und ruft nach Einheit: Wohlan, wir schlagen euch ein konkretes Aktionsprogramm vor für die Einheitsfront von KP, SP, Gewerkschaften, zum Kampf gegen Bourgeoisie, gegen Faschismus.

In diese Zange muß die KPD die SPD nehmen und sie so öffentlich vor den Arbeitern in kürzester Zeit zwingen: **entweder in geschlossener Einheitsfront mitzutun oder öffentlich Farbe zu bekennen**. Auch wenn die SPD ablehnt, wird die Einheitsfront hergestellt, denn dann wäre die SPD vor den ganzen Massen entlarvt, dann würden die großen Massen mit einem Ruck unter die Führung der KPD schwenken. Sie wird nicht ablehnen. Der Druck der Massen wird sie in die Kampfeinheitsfront zwingen.

So und nur so kann der Sieg im Entscheidungskampf errungen werden. So und nur so, in und durch den Kampf der proletarischen Einheitsfront, kann die KPD die Illusionen in den sozialdemokratischen Massen überwinden und die Führer in werden des Gesamtproletariats.

Die Stalinisten und der Planet ohne Visum

(Schluß.)

Nun lesen wir im «Manchester Guardian» vom 17. September eine Nachricht (die ihrem ganzen Charakter nach offiziellen tschechoslowakischen Stellen entstammt), die **Verweigerung des Visums sei erfolgt**, weil die tschechoslowakische Regierung fürchtete, seine (Trotzkis) Anwesenheit hätte die guten Beziehungen mit Rußland gefährden können, mit dem ausgedehnte Handelsbeziehungen bestehen. Man begreift unschwer, daß Arosew, der soviel Herz und Sinn für «gute Beziehungen» mit der Familie des Arbeiterschinders Bata bewiesen hat, Mittel und Wege zu finden wußte, der tschechoslowakischen Regierung verständlich zu machen, wie sehr die Ankunft Trotzki die «guten Beziehungen» trüben könnte.

Angesichts dieser Heldentaten der Sowjetdiplomatie konnten die Kominternbeamten natürlich nicht müßig bleiben. Die tschechoslowakischen Stalinisten erklärten, nicht ohne einige innere Verlegenheit, die Regierung erhoffe von Trotzki's Anwesenheit in der Tschechoslowakei eine Schwächung der KPTsch und eine Stärkung des «konterrevolutionären Trotzkiismus» in der Tschechoslowakei, um dadurch das Vertrauen der Arbeitermassen zur Sowjetunion zu schwächen.

Um das Bild vollständig zu gestalten, haben auch sämtliche Fraktionen der tschechoslowakischen Bourgeoisie der Welt bereite Beweise ihres «Wohlwollens» für den «Wortführer der Antisowjetpropaganda» geliefert. Die Sturmflut von sendendem Haß, von besinnungsloser Wut, von rasender Pogromhetze, die die bürgerliche Journaille auf die Nachricht von der angeblichen Einreise Trotzki's hin entfesselte, beweist, wie an der Bourgeoisie die Erinnerung an die Geschehnisse des russischen Oktober nagt, jenes kühnen Elans der revolutionären Massen, vor dem sie sich ins letzte Loch verkriechen mußte und der mit unverminderter Kraft fortblieb in den Ideen und im Kampf der Fraktion der Bolschewiki-Leninisten, unvereinbar mit der platten Gemächlichkeit und Selbstgenügsamkeit der Stalinischen Bürokratie. «Trotzki, der Mörder unserer Legionen», heulte das Blatt der tschechoslowakischen Faschisten. «Ein Schlag ins Gesicht der tschechoslowakischen Öffentlichkeit», rief der «Venkov», Organ des Ministerpräsidenten und des Innenministers. Allen voran marschierte die

«Narodni Politika», ein der Nationaldemokratischen Partei Kramarsch' nahestehendes Blatt, des Schutzherrn der Weißgardisten, der noch immer den Verlust seiner Besitzungen in der Krim nicht verschmerzen kann: «Ja, mag sie (die Regierung) ihn nur den Aufenthalt bewilligen; aber sofort mit ihm auf den Pankrac (Strafanstalt bei Prag) und vors Gericht, wo er sich für das endlose Meer von Blut und Tränen nicht nur der russischen Slaven, sondern auch der unserigen verantworten mag. Das wird billiger sein, als die vielen Tausender zu vergeuden, um seine Missetaten unmöglich zu machen, die der Welt so viel Elend gebracht. **Sonst aber warnen wir!**»

Wie kläglich, wie beschämend klingt neben diesem Getöse des wilden Klassenhasses das eintönige Verleumdungsklappern der stalinischen Zeitungsschreiber!

Damit auch nicht ein Fleck der stalinischen Verleumdungskampagne unbeleuchtet bleibe, hat es eine eigenartige Fügung

gewollt, daß die Initiative zur Verteidigung des «Bundesgenossen Skodas» gerade von der in ihrer Mehrzahl aus Arbeitern der Skodawerke bestehenden Pilsner Gruppe der linken Opposition ergriffen wurde. In einem leidenschaftlichen Appell, der an die Geschichte des Kampfes der tschechoslowakischen Legionen gegen die bolschewistische Revolution anknüpft, dieses «schwarzen Schattens» der historisch auf dem Banner der tschechoslowakischen Arbeiterklasse lastet, wird der wahre Klassensinn der Hetze gegen die Einreise des Gründers der Roten Armee aufgezeigt: Es handelt sich darum, die öffentliche Meinung für einen neuen Feldzug gegen die russische Revolution vorzubereiten. Und bei diesem ihrem Feldzug sieht die tschechoslowakische Bourgeoisie — gleich den herrschenden Klassen aller Länder — den Hauptfeind in jener kampferprobten ehernen Kohorte der russischen Revolution, die heute das «Asylrecht» der türkischen und der sibirischen Einöde genießt.

Kein Geschrei, keine Verleumdung, keine Lüge wird es versuchen können: In diesem Kampfe, im wahrsten Sinne des Wortes ein Klassenkampf, hat sich die Stalimbürokratie an den Schwanz der Bourgeoisie gehängt und jene Interessen mit Füßen getreten, deren Verwaltung sie für sich usurpiert: die Interessen der russischen und der internationalen Revolution.

J. Vjerny.

Eine treffende Illustration des Asylrechtes, das die demokratische tschechoslowakische Republik dem Genossen Trotzki zu gewähren beabsichtigt, stellen die hier wiedergegebenen Bedingungen der tschechoslowakischen Republik dar.

Die Bedingungen, die dem Gesuchsteller durch die zuständigen tschechoslowakischen Behörden, betreffend Einreise, Aufenthalt und Abreise, gestellt wurden.

1. Damit der Gesuchsteller und seine Familie die Einreisevisa für die Tschechoslowakei erhalten, müssen sie zunächst den Beweis erbringen, daß sie die gültigen Reisedokumente (Pässe) besitzen. Aus den genannten Pässen muß ersichtlich sein, daß ihre Inhaber berechtigt sind, freiwillig oder zwangsweise während der sechs Monate von dem Zeitpunkt ihrer Einreise in das Gebiet der tschechoslowakischen Republik an in die Türkei zurückzukehren und daß sie zu diesem Zweck mit Transitsvisen hin und zurück von allen Staaten, die zwischen der tschechoslowakischen Republik und der Türkei liegen, versehen sind.

Die Echtheit und Gültigkeit dieser Dokumente müssen, durch die zuständigen tschechoslowakischen Konsulatsbehörden vor der Bewilligung des Eintrittsvisums für das Gebiet dieser Republik beglaubigt werden.

2. Die Ansuchenden sind verpflichtet, bei ihrer Ankunft in der Tschechoslowakei ihre Reisedokumente (Pässe) dem tschechoslowakischen Organ für öffentliche Sicherheit, das zu diesem Zwecke an die Grenzkontrollstation entsandt wird, zu übergeben.

3. Diese Dokumente (Pässe) werden ihren Eigentümern bei ihrer Abreise aus der Tschechoslowakei an der tschechoslowakischen Grenzkontrollstation zurückgegeben werden, um das Gebiet der Republik zu verlassen.

4. Der Gesuchsteller ist verpflichtet, im voraus der zuständigen tschechoslowakischen Provinzbehörde die Zeit und den Tag seiner Ankunft in der Tschechoslowakei sowie auch den Punkt an der Grenze mitzuteilen, den er zu überschreiten hat, um sich an diese Stelle zu begeben. Diese Informationen müssen so zugestellt werden, daß es den Behörden möglich ist, rechtzeitig an diese Stellen ihre Sicherheitsorgane zu entsenden.

5. Er ist auch von vornherein verpflichtet, Tag und Stunde seiner Abreise aus der Tschechoslowakei sowie den Grenzpunkt anzumelden, den er überschreiten wird, um das Gebiet der Republik zu verlassen.

6. Der Gesuchsteller und seine Familie sind nur berechtigt, in der Tschechoslowakei höchstens acht Wochen Aufenthalt zu nehmen, und zwar ausschließlich in dem Orte Piest'ny oder Trencanské Teplice. Er muß im voraus anmelden, in welchem dieser beiden Orte er die Gesamtdauer seines Aufenthaltes in der Tschechoslowakei verbringen will. Es ist weder dem Gesuchsteller noch seiner Familie erlaubt, Ausflüge in andere Städte und die weitere Umgebung zu machen.

Ihr Aufenthalt in der Tschechoslowakei wird nur während der Monate Februar, März und April gestattet; in jedem Falle muß er bis zum 30. April 1932 beendet sein.

7. Während ihres Aufenthaltes in der Tschechoslowakei haben sich der Gesuchsteller und seine Familie jedweder politischen Tätigkeit, jedweder öffentlichen Kundgebung, insbesondere jeder Mitteilung an die tschechoslowakische Presse zu enthalten, sie dürfen keinerlei Beziehungen mit tschechoslowakischen oder ausländischen politischen Persönlichkeiten unterhalten und müssen sich schließlich jedweder internationalen Propaganda enthalten.

8. Die zuständigen tschechoslowakischen Behörden haben das Recht, in jedem Augenblick die erteilte Einreise- und Aufenthaltsbewilligung für die Tschechoslowakei zu widerrufen. Sollte der Gesuchsteller oder seine Familie irgendwelche von den oben gestellten Bedingungen nicht einhalten, so müssen sie gewärtig sein, vorzeitig aus dem tschechoslowakischen Gebiet ausgewiesen zu werden.

Ueber die Lage der Sowjet-Union und die letzten Ausschlüsse aus der KPSU*)

Die Krisenerscheinungen in der Sowjetwirtschaft, von denen das Jahr 1931 ununterbrochene Warnungssignale brachte, haben sich im laufenden Jahr (1932) außerordentlich verschärft und verstärkt. Von der Erfüllung der sportmäßigen Lösung des 5-Jahresplanes in 4 Jahren, die nicht im Interesse der Sowjetwirtschaft, sondern im Namen des Prestiges der stalinischen Spitze geschaffen wurde, kann nicht die Rede sein. Zu den an und für sich gewaltigen Schwierigkeiten des grandiosen Aufbaues haben die falsche Politik und das bürokratische Regime der Stalingruppe eine Unmenge neuer Schwierigkeiten hinzugefügt.

Die Landwirtschaft

Das grundlegende Mißverhältnis zwischen der Industrie und der Landwirtschaft hat sich außerordentlich verschärft; von der leninischen «Smytschka» ist nur die Erinnerung übriggeblieben. Die Kollektivisierung, für deren Notwendigkeit die Linke Opposition in ihrer Plattform von 1927 eingetreten ist und die von den Stalinisten anfänglich glatt abgelehnt wurde, wurde von ihnen in den Jahren 1928 bis 1929 unter dem Drucke des Brotstreiks im wohlhabenden Teil des Dorfes (der sich auf der Basis der rechtsopportunistischen Politik der Führung in den Jahren 1923 bis 1928 befestigt und bereichert hatte) — «anerkannt». Die bis dahin abgelehnte Kollektivisierung wurde sofort in die abenteuer-

liche Lösung der «durchgehenden» Kollektivisierung verwandelt und durch die Lösung der Liquidierung des Kulaken ergänzt.

Der, unter dem administrativen Stocke, in das Kollektiv eintretende Bauer, suchte sich erst jedes lebenden und toten Inventars zu «entdingen», schachtete sein Vieh ab, ging, nach seinem eigenen Ausdruck, «enackt» in das Kollektiv, («sonst wird man ja alles kollektivisieren, d. h. wegnehmen»). Auf diese Weise wurde neben den ökonomisch fortschrittlichen Kollektiven eine gewaltige Anzahl halb-totver, und zum schnellen Zerfall verurteilter Kollektive geschaffen. Die Kollektivisierung führte sehr bald zu einem scharfen Rückschlag. Dieser Prozeß dauert ununterbrochen fort. Leider gibt es keine genauen statistischen Angaben über diesen Rückschlag, doch genügt es zu sagen, daß allein in den ersten 6 Monaten dieses Jahres über eine halbe Million Bauernwirtschaften die Kollektive verlassen haben. Die unaufschiebbare Aufgabe der richtigen Politik in Bezug auf die Kollektive besteht in der Erhaltung und Stärkung der lebensfähigen Kollektive und der möglichst schmerzlosen Liquidierung der fiktiven und zerfallenden Kollektive, sowie jener, die der proletarische Staat nicht versorgen kann. Dem spontanen Rückzug der sich in einen panischen Verwandeln kann, muß ein organisierter, planmäßiger Rückzug gegenübergestellt werden, der die zukünftige Vorwärtsbewegung sichert.

Die ausgehungerten Bauern (besonders

schwer ist der Hunger in der Ukraine) laufen massenhaft in die Städte, wo sie eine bessere Versorgung erwarten. Die Kollektive bleiben ohne Arbeitskräfte. Die Städte hungern ihrerseits. Der Handel der Kollektive hat in dieser Beziehung nichts geändert. Mit der Versorgung aber steht es immer schlechter und schlechter. Allgemein bekannt ist das gewaltige Steigen der Preise, insbesondere auf Nahrungsmittel. Wenn man die Durchschnittspreise für Nahrungsmittel im Jahre 1928 als 100 annimmt, so drücken sie sich am 1. Jänner 1932 in der Zahl 699 aus, und am 1. Juli 1932 bereits in der Zahl 1327. (Index der städtischen Marktpreise 1932.) Im Jahre 1932 verkleinerte sich die Anbaufläche; mit 94,5 Prozent des Planes liegt sie unterhalb des Standes von 1931. Das gleiche mit der Ernte. Die außerordentliche Verwahrlosung der Felder erschwert die Anwendung komplizierter landwirtschaftlicher Maschinen; nach dem Urteil von Fachleuten wird die Bereinigung der Felder vom Unkraut eine Zeit von 3 bis 5 Jahren beanspruchen. Der 100.000-Traktoren Park, auf den die Sowjetunion mit Recht stolz sein kann, vermag nicht im entferntesten die Verluste an lebendiger Zugkraft zu ersetzen, die ein direktes Ergebnis der abenteuerlichen Politik der Stalinisten im Dorfe darstellen. Schon abgesehen davon, daß die Traktoren oft lange Zeit ohne Radiatoren herumstehen oder nach kurzer Zeit aus dem Betrieb ausscheiden, daß es an Ersatzteilen und Reparaturwerkstätten fehlt u. a. d.

*) Aus der «Permanenten Revolution»

Ueber die Lage mit dem Vieh gibt die alleinige Tatsache genügende Aufklärung, daß der Viehbestand im Jahre 1932/34 Prozent des Bestandes von 1928 beträgt, was einen Verlust von fast 40 Prozent bedeutet.

Die Industrie

Die schwere Lage der Landwirtschaft schlägt auf die Industrie: Hunger und Rohstoffmangel vertiefen die Disproportionen. Die unhaltbaren Tempi in der Industrie haben sich verlangsamt. Auch hier haben die Stalinisten, die die Industrialisierung bis 1928 als «Trotzkismus» verwarfen, nachdem sie gezwungen waren sie aufzunehmen, sie durch ein «Rekordtempo» ersetzt. In der ersten Hälfte dieses Jahres beträgt die Produktion 37,8 Prozent des Planes (statt 50 Prozent), fast ohne einen Zuwachs gegenüber der zweiten Hälfte von 1931. Für die zweite Hälfte sind die Kapitalanlagen bedeutend gekürzt. Die Qualität der Produktion hat sich bedeutend verschlechtert; der Ausschub ist gewachsen. (In der Elektroindustrie z. B. erreicht er 30 Prozent, in einigen Gebieten und Fabriken sogar 50 Prozent und mehr und findet seine Grenze erst bei der Produktion von reinem Ausschub.) Die Selbstkosten haben sich statt der im Plan vorgesehenen Verkleinerung von 6 Prozent um 2,6 Prozent erhöht, was für die Industrie Verluste von Hunderten von Millionen Rubeln bedeutet. Das Defizit wird kompensiert durch die Arbeit der Druckpresse, d. h. durch Emission. Die Inflation wächst. Die Stabilisierung des Tschernowetz ist eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben; sie setzt voraus — ein reales Budget im Zusammenhang mit realen Möglichkeiten. Die Produktivität der Arbeit, die sich in laufenden Jahr bei einem Plan von 23 Prozent nur um 4 Prozent erhöht hat, bleibt ebenfalls hinter dem Stand von der zweiten Hälfte von 1931 zurück. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen sowohl in dem Chaos und der allgemeinen Desorganisation der Industrie, als auch in der schweren materiellen Lage der Arbeiterklasse. Es ist offensichtlich, daß die in schlechten Wohnverhältnissen lebende, hungrige Arbeiter, physisch außerstande ist, die von ihm geforderte Produktivität zu geben.

Andererseits wirkt sich auch der moralische Zustand des Proletariats ungünstig auf die Produktivität der Arbeit aus, wenn es sich nicht als aktiver Führer, sondern nur als passiven unpersonlichen Ausführer fühlt, wenn sein Mißtrauen zunimmt, wenn seine materielle Lage sich von Monat zu Monat verschlechtert, trotz aller Erfolge und statt sich parallel und gleichzeitig mit dem Wachstum der Industrie zu bessern (dem eines der wichtigsten Kriterien der proletarischen Industrialisierung besteht in der dauernden Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse). Indem sie die Produktivität der Arbeit senkt, offenbart die Arbeiterklasse eine eigenartige Form des passiven Widerstandes. Zu den aktiven Formen des Widerstandes wie z. B. Streiks greift das russische Proletariat nur bei den seltensten Gelegenheiten (Iwano-Wosnesensk, Odessa, Ural — die Hauptordenungen: Brot und Auszahlung des zurückgehaltenen Lohnes). Es unterliegt keinem Zweifel, daß indem er sich dieser Kämpfe enthält, der Arbeiter hauptsächlich von Befürchtungen ausgeht, daß er der Sache der Oktoberrevolution schaden könnte, die zweifellos von der gewaltigen Mehrheit der Arbeiterklasse — trotz Stalin — als ihre eigene Sache empfunden wird. Keine kleine, wenn auch zweitrangige Rolle spielt die Angst vor Repressionen.

Außer den grundlegenden Mißverhältnissen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft wachsen und entwickeln sich die «eigenen» Mißverhältnisse in der Industrie selbst. Die Leichtindustrie ist hinter der Schwerindustrie weit zurück. Die Schwerindustrie ist gezwungen nicht nur eigene Gemüsegärten und Kaninchenzuchtereien zu schaffen, sondern auch (außerhalb des Planes) Kochtöpfe, Plättchen u. a. herzustellen, was den Hauptplan abreißt. Das Septemberplenum des ZK der KPSU beschloß, die Linie der Schaffung von Aushilfslandwirtschaft und Aushilfsindustrien neben der Hauptproduktion zu verstärken. Die Disproportion zwischen der Maschinenbau-Industrie und der schwarzen Metallurgie hat sich außerordentlich vertieft. Der Mangel an Schwarzmetallen (der Plan ist zu 60 Prozent erfüllt) macht es unmöglich, die volle Kapazität der Ausrüstung auszunutzen. Gewaltige Ausfälle. Der Mangel an Metall vergrößert das Wachstum nicht fertiggestellter Produktion (unfertige Produktion übersteigt im laufenden Jahre ganz bedeutend den Umfang dergebrauchsfertigen). Der Mangel an Baumaterial (und dessen Teuerung) vergrößert die Anzahl der unvollendeten Bauten. (Im Vergleich zu 1928 haben sie sich fast vervierfacht). Ueber die Hälfte der neuen Kapazität der Elektrostationen (200 Tausend kw) bleiben unausgenutzt, da es an Kabeln fehlt. In jedem Zweige der Industrie — eine Unzahl solcher Erscheinungen.

Das Fehlen der proletarischen Demokratie und der proletarischen Kontrolle schaffen einen außerordentlich günstigen Boden für Unterschlagungen, Mißbrauch und direkten Diebstahl.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI. Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus
Bildungsabend, Montag, den 14. d. im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, abends halb 8 Uhr.

12. November: Treffpunkt halb 4 Uhr, Jubiläumswarte.

13. November: Zusammenkunft 2 Uhr, Endstation Stadtbahn Hütteldorf. Treffpunkt halb 4 Uhr Rieglerhütte.

20. November: Zusammenkunft 2 Uhr, Neuwaldweg. Treffpunkt halb 4 Uhr Schottenhof.

Die Partei

Bis zu welcher Grenze das Mißtrauen gekommen ist, zeigt eine an und für sich «kleine» Tatsache, die aus verschiedenen Orten gemeldet wird; viele russische Arbeiter glauben nicht, daß in Deutschland oder Amerika eine schärfe Arbeitslosigkeit besteht, so sehr hat man sich an die unverschämten Lügen der Presse gewöhnt. In Verbindung mit dem bedrückenden und die Partei und Arbeiterklasse erstickenden stalinischen Regime hat diese Lage eine allgemeine Unzufriedenheit erzeugt. Unzufrieden sind alle Klassen, alle Gruppen, unzufrieden ist der Apparat selbst. Die herrschende Spitze isoliert sich nicht nur von den Massen, sondern auch vom Apparat selbst, in dem es sehr viele der Revolution ergebene Menschen gibt. Unzufrieden ist auch die alte Parteigarde, die größtenteils außerhalb der Leitung steht und sich mit der Politik nicht befäßt. Die Führung, im besonderen Stalin, diskreditieren sich natürlich immer mehr. Stalins Schweigen, daß die Partei anfänglich in Verwunderung setzte, hat in der Partei ihre richtige Wertung gefunden: «Nachdem er allen, außer sich selber das Sprechen verboten hatte, mußte sich Stalin überzeugen, daß er selbst absolut nichts zu sagen hat» (Korrespondenz aus Moskau).

Es wächst und verstärkt sich die Linke Opposition. Gegen sie war bis jetzt das Hauptfeuer der Repressalien gerichtet. In Moskau, Leningrad und anderen Zentren hören die Verhaftungen nicht auf; Nachrichten darüber sind sogar in die bürgerliche Presse gedrungen (siehe z. B. «Vorwärts» vom 4. X. 32). Unter der Begleitmusik der neuen Zeitungshetze mit der Aufforderung «die letzten Scherben des zerschlagenen Trotzkismus zu zerschlagen» (1) füllt die GPU unaufrichtig die Gefängnisse und Verbannungsorte nach. Die Repressalien erweitern sich auch auf die Verbannung; die verbannten Oppositionellen bekommen Hausdurchsuchungen, werden verhaftet und ununterbrochen von Ort zu Ort geworfen. Faktisch befindet sich die gesamte Verbannung in ununterbrochener Bewegung. Selten bleibt jemand länger als 6 bis 8 Wochen an einem Ort. Je schwächer sich die Führung fühlt, desto erbitterter werden ihre Repressalien. Den Verbannten und Eingekerkerten, deren Fristen abgelaufen sind, werden die Fristen verlängert (u. a. Ch. Rakowski und Susnowski), man verschickt sie in die schlimmsten Gegenden, schießt sie in Konzentrationslagern ein. Die verhafteten Oppositionellen sucht der Apparat persönlich zu beschmutzen. Indem der Apparat die L. Opp. in so ungeheure schwere Bedingungen stellt, wie sie die Geschichte der revolutionären Bewegung kaum kennt, ist er doch nicht imstande den Prozeß ihres Wachstums und Erstarkens aufzuhalten.

Die rechte Opposition ist nach zwei Jahren völliger politischer Passivität (nach der Kapitulation von Bucharin, Rykoff und Tomski) zur aktiven Betätigung übergegangen. Die symptomatische Bedeutung dieser Tatsache ist gewaltig. Zwar bezieht sich das nicht auf die Führer der Rechten, die sich äußerlich unbeeinträchtigt verhalten, sondern auf ihre Kaderelemente, den mittleren «Offiziers»-Bestand (die Schüler Bucharin — Marezki, Sijepkow u. a.). Diese Gruppe vervielfältigte und verbreitete in der Partei ein anonymes «Manifest», ein gewaltiges Dokument von 165 Schreibmaschinenseiten. Dieses Dokument unterwirft die stalinische Politik einer scharfen Kritik, fordert einen wirtschaftlichen Rückzug, die Liquidierung der Kollektive, die Beseitigung der bankrotten

Führung u. z. m. Die Rechten standen in Verbindung mit verschiedenen oppositionellen Gruppen der Partei; das erklärt z. B. den Ausschluß von Sten aus der Partei. Mitglieder der linken Gruppe Lomnadze-Schackin. Besonders lehrreich sind die Schicksale von Sinowjew und Kamenjew. (Wir sind natürlich weit entfernt von irgend einem Gefühl der «Schadenfreude».) Durch ihre mehrfach wiederholten Kapitulationen haben sie jegliches Vertrauen in der Partei verloren und verschwanden spurlos aus dem politischen Leben. Auch in der letzten «Sache» spielten sie eine rein passive Rolle. Ihr ganzes Verbrechen bestand in einer Verbindung mit den Rechten, — wiederum einer passiven (sie haben das Material gelesen). Am 11. Oktober wurde der Schlußsatz gesetzt und die 5-jährigen Belästigungen Sinowjews und Kamenjews, auf dem Wege des Verzichtes auf eigene Meinungen, der Verteidigung der stalinischen Politik, des Verschweigens und der Unterstützung der stalinischen Verleumdungen und Verbrechen in die aktive Politik «einzudringen». Der Weg der Kapitulation erweist sich als verschlossen. Eine große, und man darf annehmen nicht spurlos vorbeigehende Lehre. Sogar die politischen nicht gerade sehr lebendigen Menschen sind für das personelle Stalinregime eine Gefahr. Heute ist das Stalinregime bereits nicht nur unfähig Kritiker zu vertragen, sondern auch Menschen, die die Kritiker nicht anzeigen. Der bürokratische Ring verengt sich immer mehr — er wird nicht mehr lange aushalten können.

Bei der Einschätzung der russischen Rechtsopposition darf man für keinen Augenblick außer Acht lassen, daß man sie in der gegebenen Etappe nicht mit dem westeuropäischen Muster vergleichen kann. In der SU bilden die Rechten nicht ein opportunistisches Grüppchen von «Kader»-Elementen, sondern einen großen, politisch formlosen Haufen. Ihr Hauptkern hat nach der Kapitulation seine Kader innerhalb der Partei behalten; zu ihnen fühlt sich die Masse der mit der ultra-linken Politik Stalins Unzufriedenen hingezogen. Unter den Rechten (wie im Apparat selbst) befinden sich nicht nur viele ehrliche Revolutionäre, sondern auch eine Menge zukünftiger Anhänger der Linken Opposition. Die Dunkelheit, in der die Partei gehalten wird, ihre Entwicklung unter einem phantastischen bürokratischen Druck hindern eine normale Differenzierung. Andererseits fordert die Sackgasse, in die die Sowjetwirtschaft geführt wurde, einen Rückzug. In dieser «konjunkturellen» Frage sind sich alle Strömungen der Partei einig.

Die Differenzierung der Rechten ist unvermeidlich, aber es ist eher ein Prozeß des morgigen als des heutigen Tages.

Eine aktive Rolle in diesem Prozeß wird die Linke Opposition spielen. Die Linke Opposition fordert nichts anderes, als ihren Platz in der Partei in dieser schweren und kritischen Periode. Sie ist wie immer der Meinung, daß reine ökonomische Maßnahmen, so wichtig sie auch sein mögen, an und für sich noch keinen Ausweg zeigen. Der Schlüssel für die Zukunft der SU liegt in der Hand der Partei. Sie muß wieder auferstehen, sie muß von neuem eine bolschewistische Partei werden, die Partei des 25. Oktober 1917.

Und umsonst werden die Felde der Sowjetunion von der Sozialdemokratie — bis zu den Faschisten auf die gegenwärtige Krise in der Sowjetunion — spekulieren. Die Oktoberrevolution wird ihnen noch mehr als einmal ihre unerschütterte Kraft bezeugen! M.

L. Trotzki:

Der chinesische Bauernkrieg und das Proletariat*)

(Brief an die chinesischen Bolschewiki-Leninisten)

Liebe Genossen!
Nach einer langen Unterbrechung haben wir euren Brief vom 15. Juni erhalten. Ueberflüssig zu sagen, wie uns die Belebung und Wiedergeburt der chinesischen Linken Opposition, nach den von ihr überstandenen schwersten politischen Ueberfällen, gefreut hat. Sofern man von hier aus, bei unserer äußerst ungenügenden Information, beurteilen kann, fällt der in eurem Brief vertretene Standpunkt mit dem unsrigen zusammen.

Das unversöhnliche Verhalten gegenüber der vulgär-demokratischen Einstellung der Stalinisten zur Bauernbewegung kann selbstverständlich nichts gemein haben mit einem aufmerksamen oder passiven Verhalten zur Bauernbewegung selbst. In der Einschätzung der Bauernbewegung der süchinesischen Provinzen lautete das vor zwei Jahren veröffentlichte Manifest der Internationalen Linken Opposition («Ueber die Aufgaben und Perspektiven der chinesischen Revolution»): «Die betrogene, zerschlagene, verblutete chinesische Revolution zeigt, daß sie lebt. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern ist, da sie von neuem ihr proletarisches Haupt erhebt.» Und weiter: «Die breite Flut des Bauernaufstandes kann zweifellos einen Stoß der Belebung dem politischen Leben der Industriezentren geben. Wir hoffen fest darauf.»

Euer Brief zeugt davon, daß unter dem Einfluß der Krise und der japanischen Intervention, auf dem Hintergrund des Bauernkrieges, sich ein neuer Kampf der städtischen Arbeiter entfaltet. Im Manifest schrieben wir darüber mit der notwendigen Vorsicht: «Niemand kann vor-

ausagen, ob sich die Herde des Bauernaufstandes ununterbrochen behaupten werde, während der langen Periode, die die proletarische Avantgarde brauchen wird, um sich selbst zu festigen, die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen und ihren Kampf um die Macht mit dem Angriff der Bauern auf ihre allernächsten Feinde zu verknüpfen.» Jetzt kann man augenscheinlich mit Gewißheit die Hoffnung ausdrücken, daß es bei einer richtigen Politik gelingen wird, die Arbeiterbewegung, und überhaupt die städtische Bewegung mit dem Bauernkrieg zu verbinden; das aber wäre gerade der Beginn der dritten chinesischen Revolution. Doch ist es vorläufig immer noch eine Hoffnung und keine Gewißheit. Die Hauptarbeit steht noch bevor.

In diesem Brief möchte ich nur eine Frage aufwerfen, die mir, jedenfalls aus der Ferne, im höchsten Maße wichtig und zugespitzt erscheint. Ich erinnere nochmals daran, daß die Nachrichten, über die ich verfüge, äußerst unzureichend, unfähig und abgerissen sind. Ich werde mit Dankbarkeit alle Ergänzungen und Verbesserungen entgegennehmen.

Die Bauernbewegung hat ihre Armeen geschaffen, große Gebiete an sich gerissen und ihnen ihre eigenen Organe an die Spitze gestellt. Im Falle weiterer Erfolge, und wir alle wünschen selbstverständlich solche Erfolge, wird die Bewegung mit den städtischen und industriellen Zentren zusammentreffen, und sich dadurch von Gesicht zu Gesicht der Arbeiterklasse gegenüberstellen. Wie wird der Empfang sein? Ist sein friedlicher und freundschaftlicher Charakter gesichert?

Auf den ersten Blick kann die Frage überflüssig erscheinen. An der Spitze der Bauernbewegung stehen Kommunisten oder Sympa-

ZEICHNET PRESSFONDS!

thisierende. Ist es nicht offensichtlich, daß die Arbeiter und Bauern bei ihrem Zusammentreffen sich brüderlich unter dem kommunistischen Banner vereinen?

Zum Unglück ist die Frage gar nicht so einfach. Ich greife auf die russische Erfahrung zurück. In den Jahren des Bürgerkrieges schuf die Bauernschaft in allen Gebieten des Landes ihre Partisanentrupps, die zeitweise sogar zu ganzen Armeen anwuchsen. Einige dieser Trupps hielten sich für bolschewistisch und waren nicht selten von Arbeitern geführt. Andere blieben partellos und standen meistens unter Führung ehemaliger, aus der Bauernschaft stammender, Unteroffiziere. Es gab auch eine «anarchistische» Armee unter der Führung von Machno. Solange die Partisanenarmeen im Rücken der Weißgardisten arbeiteten, diente sie der Sache der Revolution. Einige von ihnen zeichneten sich durch außerordentlichen Heroismus und Ausdauer aus, Aber in den Städten traten diese Armeen nicht selten in Konflikte mit den Arbeitern und den örtlichen Parteiorganisationen. Die Konflikte entstanden auch beim Zusammentreffen der Partisanen mit der regulären Roten Armee, und nahmen zuweilen einen sehr krankhaften und zugespitzten Charakter an.

Die rauhe Erfahrung des Bürgerkrieges zeigte uns die Notwendigkeit, die Bauerntrupps zu entwerfen, sobald die Rote Armee in ein von Weißgardisten gesäubertes Gebiet einmarschierte. Die besten, bewußtesten und diszipliniertesten Elemente wurden dabei in die Reihen der Roten Armee aufgenommen. Aber ein bedeutender Teil der Partisanen versuchte seine selbständige Existenz zu bewahren und trat nicht selten in einen direkten bewaffneten Kampf mit der Sowjetmacht ein. So war es mit der anarchischen, ihrem Geist nach durch und durch kulakischen Armee von Machno. Aber nicht nur mit ihr: viele Bauerntrupps, die vortrefflich gegen die feudale Restauration gekämpft hatten, verwandelten sich nach dem Siege in Waffen der Konterrevolution.

(Schluß folgt.)

Aus der Partei Stalinmethoden

Spanien. Das politische Bureau der KP Spaniens, bestehend aus Adame, Trilla, Bullejos und Vega, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Alle Lumpereien gegen den «Trotzkismus», gegen die spanische Linkenopposition, haben ihnen nichts geholfen. Sie haben alle, alle Wendungen Stalins durchgeführt, aber die Stalinpolitik führte die proletarische Revolution in Spanien von Niederlage zu Niederlage und dafür müssen nun die fünf Helden büßen als Sündenböcke für Stalin, der damit die Schuld für die spanischen Niederlagen von sich abwaschen will.

Italien. Wegen eines Richtungsstreites hat das stalinische ZK der KP Italiens sechs Parteimitglieder (Brightenti, Barioni, Drago, Sansone, La Camera und Gilodi) aus der Partei ausgeschlossen und zugleich in ausländischen Zeitungen der KPI die Namen dieser sechs Mitglieder, die Stadt, wo sie wohnen, samt genauer Wohnadresse veröffentlicht. Dadurch wurden die sechs Genossen glatt der faschistischen Polizei ausgeliefert.

Aus der Opposition

Bildungsabend, Montag, den 14. d., im Gasthaus Aumann, XVI., Hasnerstraße 46, abends halb 8 Uhr.

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11.

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50. Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

Briefkasten

Graz. Landau, seine «Internationale» und die «Mahlrührgruppe» verbreiten Nachrichten über irgendeine «Einigungskonferenz», die unsere Gruppe veranstalten resp. an der sie sich beteiligen soll. Diese Nachricht sowie alle damit zusammenhängenden Nachrichten, die die Landau & Co. verbreiten, sind elende Schwindelereien.

Druck: einva, Wien, VII.

*) Aus der «Permanente Revolution».